Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft
Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt
Band: - (2011)
Heft: 5: Schwerpunkt : wir und Bundesbern

Artikel: Die Reise nach Bern : die beiden Basel tun sich schwer
Autor: Währen, Sabine
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-842893

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ELVETICAE
Gfeller am Bärenplatz

Die Reise nach Bern

Die beiden Basel tun sich schwer

[sw] Der Kanton Basel-Landschaft wartet seit 114 Jahren auf einen eigenen Bundesrat, Basel-Stadt auch schon 38 Jahre. Die beiden Appenzell hingegen schickten allein in den letzten 23 Jahren deren drei nach Bern: Arnold Koller, Ruth Metzler, Hans-Rudolf Merz. Die Frage sei gestellt, weshalb Basel immer wieder übergangen wurde. Dafür gibt es keine hieb- und stichfesten Anhaltspunkte. Wohl aber verlässliche Vermutungen. Eines ist sicher: Den Umgang mit Bundesratswahlen ist man sich am Rheinknie nicht gewohnt.

Zwei Namen – der eine steht für die formelle Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft vom Deutschen Reich, der andere für den ersten Entwurf einer helvetischen Verfassung: Johann Rudolf Wettstein und Peter Ochs. Faktisch war die Eidgenossenschaft zwar schon während Wettsteins Zeiten vom Deutschen Reich losgelöst, doch der Unabhängigkeit fehlte die rechtliche Absicherung. Besonders Basel bekam dies deutlich zu spüren. Bürgermeister Wettstein wurde mit der Vertretung der Interessen des Bundes am Westfälischen Friedenskongress in Münster und Osnabrück betraut. Dank seiner Initiative wurde im Friedensvertrag von 1648 ein spezielles Kapitel über die Schweiz aufgenommen. Darin waren die Loslösung der Eidgenossenschaft vom Deutschen Reich und die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit festgeschrieben.

150 Jahre später: Im Anschluss an die französische Revolution sandte die Basler Zunftrepublik mehrfach Peter Ochs, der Frankreich als sein zweites Vaterland empfinden mochte, als Unterhändler nach Paris. Bei dieser Gelegenheit liess sich Ochs von Bonaparte beauftragen, den Entwurf einer einheitlichen helvetischen Verfassung auszuarbeiten. Sie sollte nach dem Sturz des Ancien Régime in Kraft treten. Napoleon, für den die militärische Besetzung der Schweiz schon beschlossene Sache war, wünschte, dass der bisherige Staatenbund eine Republik werden sollte.

Der Rest ist Geschichte – Schweizer Geschichte

Fast gleichzeitig mit dem Verfassungsentwurf von Ochs besetzte Frankreich im Spätherbst 1797 das damals bündnerische Veltlin und marschierte in Genf ein. Mitte Dezember übernahm es das Territorium des absolutistischen Fürstbistums Basel, am 24. Januar 1798 rief das Waadtland die unabhängige «Lemanische Republik» aus, und als im März auch noch Bern fiel, war das Ende der alten Eidgenossenschaft besiegelt. Unter dem Druck der Verhältnisse erklärte der Basler Grosse Rat bereits einen Tag später die Freiheit und Rechtsgleichheit der bisherigen Untertanen mit den Stadtbürgern. Oberstzunftmeister Andreas Merian, der Führer der «Altgesinnten», musste zurücktreten. Basel hatte sich als erster der dreizehn Orte der alten Eidgenossenschaft für die neue Ordnung ausgesprochen. Ende März übernahm ein französischer Regierungskommissar die Regierungsgewalt und erzwang die Annahme der vom Basler Peter Ochs ausgearbeiteten Verfassung.

Zwar hatte man in den Basler Reformgesellschaften für die neuen Freiheiten gestritten. Gleichwohl war man aber über die neue Ordnung nicht glücklich. Beklagt wurde neben dem Verlust der politischen Autonomie der Stadt auch der Verlust von Privilegien. Viele echauffierten sich über die religiöse Toleranz, welche die strenge Basler Reformationsordnung überflüssig machte und nun auch die ungestörte Ausübung des katholischen und jüdischen Glaubens in der Stadt ermöglichte. Auch in der Landschaft machte sich Ernüchterung breit. Die Baselbieter Revolution war unter der Parole geführt worden, dass Zehnten und Bodenzinsen abgeschafft werden sollten. Diese Hoffnung wurde von der Helvetischen Republik nicht erfüllt. Im Gegenteil: Der Staat forderte Ende 1799 die ausstehenden Jahreszinsen der vergangenen beiden Jahre ein und löste damit in der Landschaft einen Sturm der Empörung aus. Es waren dann französische Truppen, die Ruhe und Ordnung wiederherstellten, aber der Glaube in die Revolution und damit auch in die neue Verfassung, die man jetzt verächtlich als «Ochsenbüchlein» diffamierte, war erschüttert. Auf französischen Druck war Peter Ochs im Herbst 1798 ins fünfköpfige Direktorium der Helvetischen Republik, die Regierung also, gewählt worden, wo er aber auf Widerstand stiess. Schon nach einem Jahr wurde er von Frédéric-César de la Harpe aus dem Amt gedrängt.

Nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Kaiserreiches und damit auch der Helvetik versuchte der Rat, im Gegensatz zu anderen Städten, à tout prix das Rad der Zeit zurückzudrehen. Von den 24000 Einwohnern waren lediglich 1800 Bürger, also gerade einmal 7,5 %, berechtigt, die 119 Grossräte zu

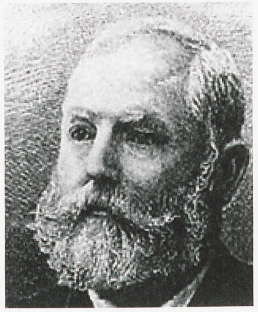
wählen, die ihrerseits die 15 Ratsherren des Kleinen Rates bestimmten. Bis weit über das 19. Jahrhundert hinaus fühlte sich die Mehrheit der Basler Bevölkerung dem Bundesstaat nicht wirklich zugehörig. Noch sass ihr der Schock der Kantonstrennung in den Knochen. Die Furcht vor einer allzu zentralistischen Haltung der regierenden Radikalen liess sie die Stacheln gegen die Eidgenossenschaft stellen. Das konservative Ratsherren-Regiment verkörperte nach wie vor das fromme, alte, dem helvetischen Ideengut abgeneigte Basel. Dagegen blieb die liberal-radikale Strömung, getragen von den Basler Artilleristen und den zugezogenen Taglöhnern, Posamentern und Fabrikarbeitern, verhältnismässig schwach. Auf eidgenössischer Ebene allerdings konnte Basel keine konservative Vertreter stellen, obwohl diese im Kanton die Mehrheit innehatten, sondern nur Parlamentarier der Mittelpartei, der sogenannten «Juste Milieu». Zu dieser Gruppe gehörte auch der erste in den Bundesrat gewählte Basler, Nationalrat J.J Stehlin, der im Juli 1855 anstelle von Bundesrat Munzinger in die Landesregierung berufen wurde. Nach einer längeren Beratung, zu der auch Bundespräsident Jonas Furrer zugezogen wurde, entschloss sich Stehlin jedoch, die Wahl dankend abzulehnen, offiziell aus familiären Gründen, unter Freunden jedoch liess er verlauten: «Jo, wisse Sie, mir sind halt nit so ambiziees.» Seine eigentlichen Beweggründe kennen wir nicht. Immerhin aber war Stehlin ambitiös genug, später Basler Bürgermeister und sogar Nationalratspräsident zu werden.

Die Stadt sucht die Annäherung, die Landschaft stellt den ersten Bundesrat

Basel wuchs zwischen 1865 und 1900 nach jahrzehntelanger Isolierung nun allmählich in die Eidgenossenschaft hinein und öffnete sich neuen Einflüssen. Tausende und Abertausende kamen in diesen Jahren als Arbeitskräfte in die Stadt, um hier endgültig Wohnsitz zu nehmen. Politisch sahen sie sich und ihre Interessen am ehesten durch die radikale (heute freisinnige) Partei vertreten. Ihr gehörten zum Teil alteingesessene Handwerker, zum Teil Angehörige der immer mächtiger werdenden Schicht der Kleinbürger und Arbeiter an. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Partei in erster Linie die politische Gleichstellung der Niedergelassenen forderte. Daneben galt ihr Anliegen dem Ausbau der Volksrechte – Wahl der Regierung durch das Volk, Initiative und Referendum. Demgegenüber hielten die herrschenden Konservativen alter Richtung bewusst an der politischen Benachteiligung der Zugewanderten fest: So besassen diese im grossen Rat um 1870 sozusagen keine Vertreter, obschon allein die Schweizer unter ihnen mehr als 40% der Gesamtbevölkerung ausmachte. Mit der neuen Kantonsverfassung von 1875 holten die Radikalen zum grossen Schlag gegen die Konservativen aus und es gelang ihnen, diese nach und nach in die Rolle der Opposition zu drängen.

Schon damals war man in Basel der Meinung, die Stadt verfüge im Bund nicht über den ihr nach ihrer wirtschaftlichen Kraft gebührenden Einfluss. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass führende Persönlichkeiten massgebend an wichtigen eidgenössischen Entscheidungen beteiligt waren. So ist etwa der Schweizer Franken in Basel entstanden: 1849 beauftragte der Bundesrat den liberal-konservativen Bankier Johann Jakob Speiser, eine Münzreform durchzuführen. Auch die Grundidee des eidgenössischen Postwesens wurde in Basel entworfen: Verantwortlich war Benedikt La Roche, der erste und letzte Generalpostdirektor der Eidgenossenschaft.

Schweizer Folklore in Basel



Emil Frey, Bundesrat, BL, gewählt 11.12.1890

Ernst Brenner, Bundesrat, BS, gewählt 25.3.1897

Der erste amtierende Bundesrat war aber nicht ein Städter, sondern ein Landschäftler: der 1838 in Münchenstein geborene Emil Frey. Frey war der Spross einer alten Stadtbasler Soldatenfamilie. Nach dem Schulabschluss folgte ein fünfjähriges Studium an der Uni Jena. 1860 zog es ihn nach Amerika. Dort kämpfte er als Freiwilliger auf der Seite der Nordstaaten im Sezessionskrieg und geriet im Verlauf der Schlacht von Gettysburg in Kriegsgefangenschaft. Schliesslich kam er frei und kehrte als hochdekorierter Held ins Baselbiet zurück, wo er Landschreiber in Liestal wurde. Bereits ein Jahr später wählte ihn das Volk zum Regierungsrat. Doch die Aufgabe befriedigte ihn nicht. Erst 33-jährig trat er vom Amt zurück, wurde Chefredaktor der Basler Nachrichten und liess sich als Baselbieter Volksvertreter in den Nationalrat wählen. 1890 kürte die Vereinigte Bundesversammlung den Nordwestschweizer Radikalen für den zurückgetretenen Solothurner Bernhard Hammer in den Bundesrat. Frey wurde Vorsteher des Militärdepartements.

Seinem steten Aufstieg folgte 1897 das jähe und bittere Ende einer glanzvollen Politkarriere. Was war geschehen? Seit seine Vorlage zur Revision der Militärartikel in der Bundesverfassung im Sommer 1895 trotz einiger Opposition von den Räten durchgewunken wurde, riss der Sturm der öffentlichen Entrüstung nicht mehr ab. Nein, das Militärwesen stärker zu zentralisieren, wie Frey es wollte, und aus der Hoheit der Kantone in die Hände des Bundes zu überführen, das durfte und konnte nicht sein. «Das Militär muss Sache der Kantone bleiben», konnte der Baselbieter Bundesrat in den meisten Zeitungen und Gazetten in allen Landesteilen lesen. Frey war am Boden zerstört. Er, der es bis jetzt immer verstanden hatte, seine Person ins rechte Licht zu rücken und zu repräsentieren, wurde nun plötzlich fallengelassen. Es kam, wie es kommen musste: Seine Militärvorlage erlitt an der Urne jämmerlich Schiffbruch. Für Frey brach eine Welt zusammen: «Das Volk hat am 3. November 1895 sich schlecht benommen, was ich ihm (...) niemals vergessen kann», schrieb er seiner Tochter Helene. Diese bittere Niederlage bewog ihn, zumal er auch überzeugt war, Opfer einer Verschwörung in der eigenen Partei geworden zu sein, im März 1897 zurückzutreten und Leiter des Büros der Internationalen Telegraphen-Union zu werden.

In Basel war man mehr als nur bereit, mit Paul Speiser und Ernst Brenner ins Rennen um die Nachfolge

Freys zu steigen. Damit stellten sich zwei Männer zur Wahl, die im Stadtkanton zur Spitze des politischen Lebens gehörten, zwei Regierungsräte, die beide hochangesehen waren. Der konservative Speiser konnte gegen den von den Radikalen portierten Brenner nicht gewinnen. Dass Brenner die Nachfolge des Baselbieters Frey antrat, war zweifellos Balsam für die Baselstädter Seele. Höhepunkt jedoch der politischen Präsenz von Baslern in Bern ist und bleibt das Jahr 1908, als Basel-Stadt zugleich mit Ernst Brenner den Bundespräsidenten, mit Paul Speiser den Nationalratspräsidenten und mit Paul Scherrer den Ständeratspräsidenten stellen konnte. Nach Brenners Tod, noch im Amt als Bundesrat, blieb es rund 50 Jahre still, sehr still, was die politische Vertretung eines Baslers oder Baselbieters im erlauchten Kreise der Landesväter (Landesmütter gab es damals noch nicht) betrifft.

Endlich wieder im Bundeshaus vertreten

Mit Hans Peter Tschudi betrat 1953 eine herausragende Persönlichkeit die politische Bühne. Der damals 40-Jährige übernahm als Nachfolger von Gustav Wenk im Regierungsrat das Wirtschafts- und Sozialdepartement, drei Jahre später löste er seinen Mentor auch im Ständerat ab. Der Sprung ins Bundeshaus gelang ihm mühelos. Und dann ging alles noch schneller: In der Dezembersession 1959 wurde Tschudi in einer dramatischen Wahl gegen den offiziellen SP-Kandidaten Walther Bringolf aus Schaffhausen in den Bundesrat gewählt. Bringolf war zu jener Zeit der grosse Politstar schlechthin, seine Kommentare zur Weltlage im Radio hatten beinahe Kultstatus erreicht. Eigentlich habe er Schauspieler werden wollen, bekannte er einmal gegenüber einem Parteikollegen, nun sei er halt Politiker, das sei kein so grosser Unterschied. Aber eines habe er sich vorgenommen: Er spiele nur Hauptrollen, keine Nebenrollen. Welch ein Gegensatz zu Hans Peter Tschudi, dessen Bescheidenheit sprichwörtlich war! Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen wurde Tschudi gegen dieses politische Urgestein gewählt. Als Vorsteher des Departements des Innern nutzte er die günstige Wirtschaftslage in den 1960er-Jahren optimal und trieb die Sozialpolitik voran. In seiner Amtszeit wurde die AHV mehrmals revidiert und die Invalidenversicherung eingeführt. Das Tschudi-Tempo wurde im Volk zum Inbegriff effizienter Politik. «Wer sich auf das Wesentliche konzentriert», meinte er einmal, «wer Geschäfte delegiert, der hat Zeit zum Regieren.» Für ihn war die Bildungspolitik ein weiterer Schwerpunkt. Er half mit, die ETH Zürich als Flaggschiff der wissenschaftlichen Ausbildung zu stärken. Er förderte den Bau der welschen ETH in Lausanne. Er erkannte aber auch früh die Bedeutung des Umweltschutzes und brachte den nötigen Verfassungsartikel mit einem Rekordergebnis durch die Volksabstimmung. Schliesslich räumte er mit einem Relikt aus dem Kulturkampf der Gründerjahre des Bundesstaates auf: Das Jesuitenverbot wurde aufgehoben. 1973 trat er als Bundesrat zurück.

Nur drei Bundesräte

Die beiden Basel, immerhin die zweitstärkste Wirtschaftsregion im Lande, stellten seit 1848 nur gerade drei Bundesräte – gleich viele wie die beiden Appenzell in den letzten 23 Jahren. Basel bringt Wirtschaftsführer, Kulturschaffende und Gelehrte von Rang hervor – mit starken Figuren in der nationalen Politik aber hapert es. Der Region gelingt es – im Unterschied beispielsweise zur Ost- oder Zentralschweiz – nicht, geschlossen aufzutreten. «Woher soll die Kraft kommen, um in Bern etwas zu bewirken, wenn sich nicht einmal die beiden Basel finden?», meinte bereits vor fast 30 Jahren der frühere FDP-Nationalrat Paul Wyss, der 1982 selber erfolglos für den Bundesrat kandidierte. Dass Basel in gewichtigen politischen Dossiers eine andere Haltung einnimmt als die übrige Deutschschweiz, trägt zur Distanz bei. In Basel stiessen auch Linke und Kommunisten auf eine Offenheit, die in anderen Kantonen weniger anzutreffen sei, beobachtet Helmut Hubacher. Die latent vorhandene Haltung «Egal wer, Hauptsache aus Basel», wenn es sich um mögliche Kandidaten oder Kandidatinnen für den Bundesrat handelt, hilft wohl auch nicht unbedingt, die Position der Region zu stärken. Basel wird dank dem Geld aus Chemie und Pharma und dem damit ermöglichten vielfältigen Kulturleben als reicher Kanton wahrgenommen. Das weckt keineswegs nur Sympathien, im Gegenteil; es ruft Neider auf den Plan. Dazu kommt dieser spitze Dialekt, dieses «Baseldytsch», das in den Ohren vieler arrogant und überheblich tönt. Einen Sympathiebonus, wie auch immer, scheinen die Baslerinnen und Basler in der übrigen Schweiz nicht unbedingt zu haben. Im Gegenteil. «Die dort unten am Rhein brauchen nicht auch noch einen Bundesrat», so das Echo aus den Alpen. Es gibt viele Gründe, Basel im Bundeshaus links liegen zu lassen. Bei Abstimmungen liegt es oft quer zur Deutschschweiz. Basel stimmt gerne mit den Romands, was in der übrigen Deutschschweiz nicht unbedingt als Pluspunkt zählt. Und ob nach dem Rücktritt von Micheline Calmy-Ray ein Bundesrat oder eine Bundesrätin aus der Region gewählt wird, ist eher fraglich.

Hans Peter Tschudi, Bundesrat, BS, gewählt am 17.12.1959

Quellen
Annuel 1998, Jahresbericht 1997 der Pro Senectute Basel-Stadt.
Diverse Artikel aus dem Archiv der Basler Zeitung.
Gerny Daniel, Basels Sehnsucht nach einem eigenen Bundesrat, NZZ, August 2010.
Grieder Fritz, Der Baselbieter Bundesrat Emil Frey, Verlag des Kantons Basel-Landschaft, Liestal 1988.
Fotos Emil Frey und Ernst Brenner von www.schweizinfo.ch

Hans Peter Tschudi und Pro Senectute beider Basel

Hans Peter Tschudi bezeichnete einmal Pro Senectute als die vierte Säule der Altersvorsorge. Die Regelungen über die AHV und die Ergänzungsleistungen, die für Millionen von Menschen Gültigkeit haben sollen, sagte er einmal, hätten zwangsläufig auch Mängel. Hier müsse die private Hilfe eingreifen. Zu Ihrem 80. Geburtstag hat deshalb die damalige Pro Senectute Basel-Stadt den Bundesrat-Tschudi-Fonds gegründet, der in Not geratene Menschen unterstützt, wenn das durch die staatlichen Sozialversicherungsbeiträge nicht möglich ist. Hans Peter Tschudi hat 1998 nicht nur das Patronat über diesen Fonds übernommen, er hat auch die Statuten formuliert und persönlich einen substantiellen Beitrag ans Fondsvermögen geleistet. Jahr für Jahr darf Pro Senectute aus dem «Tschudi-Fonds» mit 100 000 Franken finanziell benachteiligten Betagten in der Stadt und auf dem Land unter die Arme greifen.